

## **Bericht**

### **des Haushaltsausschusses**

über die Selbstbefassungsangelegenheit

### **Hapag-Lloyd**

Vorsitz: **Roland Heintze**

Schriefführung: **Dr. Dorothee Stapelfeldt (i.V.)**

#### **I. Vorbemerkung**

Der Haushaltsausschuss beschloss in seiner Sitzung am 15. Juli 2009 auf der Grundlage des § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO) die oben genannte Selbstbefassung.

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich in selbiger Sitzung und seinen Sitzungen am 22. und 28. Juli 2009 mit der Selbstbefassung.

Die Beratung des Haushaltsausschusses in der Sitzung am 15. Juli 2009 fand zunächst öffentlich statt.

In der Sitzung am 22. Juli 2009 fasste der Haushaltsausschuss einstimmig gemäß § 56 Absatz 4 der GO den Beschluss, die weiteren Beratungen mit der Verpflichtung zur Verschwiegenheit durchzuführen. Aufgrund dieses Beschlusses fand eine Protokollierung nicht statt.

In der Sitzung am 28. Juli 2009 fasste der Haushaltsausschuss laut § 56 Absatz 2 GO den Beschluss, die Beratung zunächst nicht öffentlich durchzuführen. Nach kurzer Diskussion fasste der Ausschuss sodann gemäß § 56 Absatz 4 der GO einstimmig den Beschluss, die weiteren Beratungen mit der Verpflichtung zur Verschwiegenheit durchzuführen. Aufgrund dieses Beschlusses fand eine weitere Protokollierung nicht statt.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 16. April 2010 wurde Einvernehmen darüber hergestellt, die Selbstbefassungsangelegenheit „Hapag-Lloyd“ an den Unterausschuss „Vermögen und Öffentliche Unternehmen“ zu überweisen, der sich in seinen Sitzungen am 16. November 2010 und 2. Dezember 2010 mit dem Thema beschäftigte. Die Beratungen können den Protokollen 19/14 und 19/15 (unter Verschiedenes) des Unterausschusses „Vermögen und Öffentliche Unternehmen“ entnommen werden.

Der Haushaltsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 7. Januar 2011 abschließend mit der Drucksache und sah keinen weiteren Beratungsbedarf.

#### **II. Beratungsinhalt**

##### Beratung am 15. Juli 2009

Der Vorsitzende unterbreitete den Vorschlag, für den Verlauf der Beratungen Verschwiegenheit zu beschließen.

Die SPD-Abgeordneten wiederum schlugen vor, die Beratungen zunächst öffentlich zu führen und erst in einem zweiten Teil gegebenenfalls verschwiegen zu beraten.

Der Präses der Finanzbehörde wies darauf hin, dass im Schifffahrtsbereich zurzeit eine sehr schwierige Situation vorherrsche, von der auch Hapag-Lloyd erfasst sei. Die Gesellschafter seien übereingekommen, in dieser schwierigen Situation alles zu vermeiden, was Schaden für das Unternehmen verursachen könnte. Der Markt reagiere augenblicklich sehr sensibel auf schlechte Nachrichten. Daher richtete er die Bitte an die SPD-Abgeordneten, die Interessen des Unternehmens zu berücksichtigen. Er plädierte dafür, die Beratung nicht öffentlich zu führen.

Der Präses der Finanzbehörde verließ seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass die SPD-Abgeordneten seinem Informationsangebot nicht gefolgt seien. Alle Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft hätten dieses Angebot wahrgenommen, lediglich die SPD-Abgeordneten hätten eine Teilnahme abgelehnt. Mit Schrecken habe er zur Kenntnis genommen, dass es die SPD-Abgeordneten zudem abgelehnt hätten, sich von Hapag-Lloyd informieren zu lassen – das Unternehmen habe im Mai 2009 alle Fraktionen der Hamburgischen Bürgerschaft eingeladen und alle Fraktionen, bis auf die SPD, seien erschienen. Daraufhin seien die Abgeordneten der SPD-Fraktion erneut eingeladen worden, hätten aber auch dieses Informationsangebot nicht wahrgenommen. Somit nähmen die SPD-Abgeordneten mutwillig Informationslücken in Kauf.

Die CDU-Abgeordneten votierten dafür, die Beratungen mit einer Verpflichtung zur Verschwiegenheit zu führen, da Unternehmensinterna nicht in Gegenwart der Öffentlichkeit erörtert werden sollten. Sie appellierten an die SPD-Abgeordneten, sich ihrer Verantwortung für die Stadt Hamburg bewusst zu werden.

Die SPD-Abgeordneten wiesen eine Einmischung seitens des Präses der Finanzbehörde in die Terminierung des Hapag-Lloyd-Vorstands und der SPD-Fraktion zurück. Sie unterstrichen, dass seitens ihrer Fraktion das Bestreben gewesen sei, eine Zusammenkunft mit dem Hapag-Lloyd-Vorstand auf einer breiteren Basis zu organisieren. Sie kritisierten ihrerseits die seitens des Präses der Finanzbehörde vorgenommene Planung, 15 Minuten vor Beginn der Bürgerschaftssitzung zu einer Informationsrunde einzuladen. Sie betonten, ein großes Interesse an der Geschäftssituation von Hapag-Lloyd zu haben und das Unternehmen nicht in Gefahr bringen zu wollen. Es lägen jedoch öffentliche Drucksachen vor, die Auswirkungen auf die gegenwärtige Situation von Hapag-Lloyd hätten. In öffentlicher Sitzung müsse beraten werden, was der Senat mit der TUI AG in Hannover ausgehandelt habe. Da es hierbei um öffentliche Mittel gehe, habe die Öffentlichkeit ein Anrecht auf Information.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE unterstrichen, dass es auch aus ihrer Sicht nicht angemessen gewesen sei, eine Information zu Hapag-Lloyd eine Viertelstunde vor der Bürgerschaftssitzung zu erteilen.

Die GAL-Abgeordneten warben dafür, zunächst die Position des Unternehmens anzuhören und danach zu entscheiden, welche Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Alles, was die Öffentlichkeit erfahre, werde Auswirkungen auf das Unternehmen haben und könne die Vermögenspositionen der Stadt massiv verändern.

Die SPD-Abgeordneten erläuterten, dass zunächst in öffentlicher Sitzung über die Lage des Unternehmens berichtet werden solle, um danach gegebenenfalls in Verschwiegenheit weiterzudiskutieren. Sie stellten klar, dass die Stadt Hamburg die Bürger und Bürgerinnen Hamburgs seien. Diese hätten ein Recht darauf zu erfahren, was sie zukünftig erwarten. Demnach sei es nicht sinnvoll, eine nicht öffentliche Sitzung abzuhalten, wenn in den Medien bereits Zahlen veröffentlicht worden seien, denen nicht widersprochen worden sei.

Die CDU-Abgeordneten betonten, der Präses der Finanzbehörde sei seinen Informationspflichten umgehend nachgekommen. Die Nicht-Teilnahme der SPD-Abgeordneten mit dem Hinweis darauf, man habe kein Interesse an Show-Veranstaltungen, lasse erkennen, dass mit Bedacht auf die Teilnahme verzichtet worden sei. Somit habe sich die SPD-Fraktion der Informationsentgegennahme verweigert. Der Senat sei nicht im Vorstand von Hapag-Lloyd vertreten und daher verfüge auch er nicht über tägliche Informationen über das Unternehmen. Diesbezügliche Vorwürfe entbehren

jeder Grundlage. Hapag-Lloyd verfüge über einen größeren Einzelgesellschafter, der ein börsennotiertes Unternehmen sei. Berichterstattungen über aktuelle Zahlen könne der Vorstand nur übermitteln, wenn sichergestellt sei, dass diese nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Andernfalls mache er sich strafbar.

Die SPD-Abgeordneten machten deutlich, dass die Aufgabe des Haushaltsausschusses unter anderem darin bestehe, Drucksachen zu beraten. Am 13. Januar 2009 hätten die SPD-Abgeordneten über die Drs. 19/1575 beraten wollen. Die GAL-Abgeordneten hätten mit dem Hinweis darauf, dass darüber bereits beraten worden sei, maßgeblich dazu beigetragen, dass die Drucksache ohne Beratung in den Unterausschuss überwiesen worden sei. Inzwischen existiere eine weitere Drucksache mit Hinweisen zu den Kaufverhandlungen. Klare Linie in den ursprünglichen Vereinbarungen sei gewesen, Hapag-Lloyd als wichtige Reederei in Hamburg zu halten. Der Auftrag der Bürgerschaft bestehe nicht darin, die TUI AG in Hannover zu sanieren. Es sei im Haushaltsausschuss bislang mit keiner Silbe erwähnt worden, wie diese Kaufpreisanpassungen verhandelt worden seien. Die SPD-Abgeordneten interessierte zu erfahren, wie über 480 Millionen Euro Steuergelder verhandelt worden sei, die in die TUI AG geflossen seien. Mit der Geschäftspolitik von Hapag-Lloyd habe dies wenig zu tun.

Der Präses der Finanzbehörde äußerte die Vermutung, dass die SPD-Abgeordneten das Ziel verfolgten, Parteipolitik zu betreiben, was er als unverantwortlich bezeichnete. Er bekräftigte, dass er auch der SPD-Fraktion in der vergangenen Woche gerne eine aktuelle Einschätzung gegeben hätte. Nachdem er um 14.10 Uhr eine circa fünfstündige Sitzung bei Hapag-Lloyd verlassen habe, habe er um 14.45 Uhr sofort eine Unterrichtung der Fraktionen der Bürgerschaft veranlasst. Schneller und transparenter könne nicht informiert werden. Er widersprach der in der vergangenen Woche geäußerten Behauptung der SPD-Abgeordneten, die Opposition bewusst nicht informiert zu haben. Am 5./6. Mai 2009 habe die Zusammenkunft des Vorstands von Hapag-Lloyd mit den Fraktionen stattgefunden – seither habe die SPD-Fraktion keinen einzigen Termin gefunden, um sich über den Sachstand vor Ort informieren zu lassen. Alle Gesellschafter Hapag-Lloyds hätten sich darauf verständigt, eine öffentliche Debatte der aktuellen Situation zu vermeiden.

Die SPD-Abgeordneten stellten klar, dass es aufgrund ihrer Initiative nach den öffentlich bekannt gewordenen Problemen zu der Sondersitzung des Haushaltsausschusses gekommen sei, was erkennen lasse, dass sie aktiv nach Informationen gesucht hätten, die dem Gremium zu präsentieren seien. In vertrauliche Informationen des Präses der Finanzbehörde hätten sie lediglich begrenztes Vertrauen. Sie bekräftigten ihr Interesse daran, die Vertragsverhandlungen des Senats mit der TUI AG einer kritischen Bewertung im Haushaltsausschuss zuzuführen. Sie unterstützten den Verbleib Hapag-Lloyds in Hamburg und stünden zu dem Unternehmen, erklärten sich aber ausdrücklich nicht damit einverstanden, wie Verhandlungen über Hapag-Lloyd durch den Senat geführt worden seien.

Die CDU-Abgeordneten korrigierten, dass die Sondersitzung auf ihre Anregung hin zustande gekommen sei. Nach der durch den Präses der Finanzbehörde stattgefundenen Information kurz vor Beginn der vergangenen Bürgerschaftssitzung sei zwischen den Obleuten des Unterausschusses Vermögen und Öffentliche Unternehmen die Vereinbarung getroffen worden, eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses anzuberaumen. Thema dieser Sondersitzung habe eindeutig die aktuelle Situation bei Hapag-Lloyd sein sollen, nicht das Zustandekommen der Transaktionen. Zur Beratung des Letzteren bedürfe es keiner Sondersitzung – da die Transaktionen in der Vergangenheit lägen, sei eine Beratung in einer zukünftigen regulären Sitzung vorstellbar.

Die SPD-Abgeordneten verwiesen auf die Tagesordnung, die als ersten Punkt nur das Thema „Hapag-Lloyd“ aufführe und keine Konkretisierungen oder Einschränkungen enthalte. Daher sei nicht nachvollziehbar, weshalb Transaktionen aus der Vergangenheit, die Auswirkungen auf die aktuelle Situation hätten, nicht thematisiert werden dürften.

Sodann stellte der Vorsitzende die Nichtöffentlichkeit her, um über die weitere Vorgehensweise abstimmen zu lassen. Der Verlauf der weiteren Beratungen ist dem Protokoll des Haushaltsausschusses 19/31A zu entnehmen.

Beratung am 22. Juli 2009

Der Ausschuss fasste laut § 56 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig den Beschluss, die weiteren Beratungen mit der Verpflichtung zur Verschwiegenheit durchzuführen. Aufgrund dieses Beschlusses wurde auf eine weitere Protokollierung verzichtet.

Beratung am 28. Juli 2009

Der Ausschuss fasste gemäß § 56 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft den Beschluss, die Beratungen zunächst in nicht öffentlicher Sitzung durchzuführen.

Der Ausschuss fasste im Verlauf der nicht öffentlichen Beratungen laut § 56 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig den Beschluss, die weiteren Beratungen mit der Verpflichtung zur Verschwiegenheit durchzuführen. Aufgrund dieses Beschlusses wird auf eine weitere Protokollierung verzichtet.

Der Abgeordnete Dr. Mathias Petersen nahm an der Beratung nicht teil.

**III. Ausschussempfehlung**

*Der Haushaltsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, von seinen Beratungen Kenntnis zu nehmen.*

Dr. Dorothee Stapelfeldt, Berichterstattung